



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/267 - 25.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Die Furcht vor einer außenpolitischen Debatte	S. 1
Die französisch-tunesischen Verhandlungen	S. 3
Das Saarstatut und der BHE	S. 4
Die halbierten Weihnachtbeihilfen	S. 6

Kein Aufschub vertretbar

sp - In der 56. Sitzung des Bundestages haben es die Koalitionsparteien abgelehnt, am 19. November die Frage der Viermächteverhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands aufgrund des von der SPD eingebrachten Antrages zu erörtern. Herr Dr. von Merkatz erklärte für die Koalition: "Wir sehen auch keinen Anlass, über diese Probleme jetzt so plötzlich und ohne jeden ersichtlichen Grund eine Debatte zu führen". War diese Stellungnahme angesichts der bestehenden Gefahr der Verewigung der Teilung Deutschlands schon schwerwiegend genug, so gilt das noch mehr von der bekanntgewordenen Absicht der Koalitionsparteien, den sozialdemokratischen Antrag erst zusammen mit der ersten Lesung der Zustimmungsgesetze zu den Pariser Verträgen zu behandeln. Eine Haltung, die auch gegenüber der von der SPD eingebrachten großen Saaranfrage festzustellen ist. Die SPD wird den von der Regierung ausgehenden und von der Koalition unterstützten Versuchen zur Ausschaltung des Parlaments mit allen Mitteln entgegenzutreten und auf der geschäftsordnungsmässigen Beantwortung der Großen Anfrage in der dafür vorgesehenen Frist bestehen.

In einer Zeit, in der der französische Ministerpräsident den Sowjets Verhandlungsangebote auf der Grundlage der Teilung Deutschlands macht und in der westlichen Welt immer offener von dieser Grundlage gesprochen wird, wäre es ein historisches Versagen des einzig frei gewählten Parlaments in Deutschland, wenn es nicht seine Stimme erheben

würde, um im Interesse aller Deutschen in Ost und West den sich er-
gewordenen Gefahren entgegenzutreten. Es käme einer Sanktionierung der
in den letzten Tagen abgegebenen Erklärungen über die Frage der Ein-
heit gleich, wollte der Bundestag diesen Erklärungen nicht unmißver-
ständlich mit der Erneuerung und Präzisierung der Forderungen gegen-
überzutreten, die er in der Vergangenheit einmütig erhoben hat.

Wer nicht bereit ist, die Frage der deutschen Einheit als die
oberste und vordringlichste aller Aufgaben zu lösen, soll das vor dem
Parlament erklären. Und wer bereit ist, einen vorläufigen Verzicht
auf die Saar hinzunehmen, soll sich dem Bundestag stellen. Es sollte
in diesen Fragen keine taktischen Rücksichtnahmen auf die Tatsache geben
dass sich der Bundeskanzler in eine Position hineinmanövriert hat, in
der ihm jede offene Parlamentsdebatte "unangenehm" ist.

Niemand sollte sich darüber täuschen, dass es in diesen Wochen und
Monaten um mehr geht. Bei der Behandlung des Antrages und der Großen
Anfrage der SPD geht es um die Wiedervereinigung Deutschlands und es
wäre ein Hohn auf frühere pathetische Versicherungen der Koalition,
wollte sie dieses Problem jetzt so einordnen, dass es nach ihrer Auf-
fassung als einer von vielen Punkten auf die Tagesordnung einer Bundes-
tagssitzung gesetzt werden kann, in der es um die Zustimmungsgesetze
geht. Seit dem Scheitern des EVG-Vertrages hat sich die Regierung einer
außenpolitischen Parlamentsdebatte entzogen.

Wer nach Unterzeichnung der Pariser Verträge und angesichts der
durch die Sowjetnote und die Rede des französischen Ministerpräsi-
den-ten gekennzeichneten letzten Entwicklung für einen weiteren Aufschub
der Debatte eintritt, "ermächtigt" die Bundesregierung in einer ent-
scheidenden Phase ohne Rücksicht auf die Meinung des Parlaments und
damit auf die Meinung des Volkes zu handeln. Die sozialdemokratische
Opposition lehnt eine solche Ermächtigung ab und wird ihr mit der
gebotenen Härte entgegenzutreten.

Die Fellaghas - harte Nuß für Frankreich

G.S. Paris, Ende November

Die französisch-tunesischen Verhandlungen sind an einem Wendepunkt angelangt. Das französische "Protectorat" schien zum Bürgerkrieg und zu einem blutigen Kampf zwischen den französischen Truppen und der nationalistischen Bewegung des "Neo-Destur" verurteilt, als Mendès-France in vollkommen richtiger Erkenntnis der Lage beschloss, dem Zaudern und den schweren Fehlern seiner Vorgänger ein Ende zu bereiten, und in Tunis persönlich den Nationalisten versprach, was sie - vorläufig - fordern: nämlich die "interne Autonomie", das heißt die tatsächliche Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten.

Als Mendès-France seine Blitzreise nach Tunesien unternahm, war die Lage bereits sehr gefährlich geworden. Überall im Lande hatten sich "Fellaghas" zusammengefunden, junge Leute aus der nationalistischen Bewegung, die angesichts der mitunter brutalen Methoden der französischen "Protektoren" zu der Überzeugung gekommen waren, dass Frankreich nur auf dem Wege des offenen Kampfes zum Nachgeben gezwungen werden könnte.

Die offizielle nationalistische Bewegung des "Neo-Destur" teilte diese Auffassung nicht, hatte verständlicherweise aber einige Bedenken, sich offen gegen die "Fellaghas" auszusprechen. Immerhin schien den entscheidenden Vertretern des "Neo-Destur", und insbesondere dem in Frankreich immer noch in der Verbannung lebenden Habib Burgiba, der Verständigungswille von Mendès-France so aufrichtig zu sein, dass er dem Neo-Destur empfahl, die Regierung zu bilden und mit Frankreich in Verhandlungen einzutreten.

Die bisher geführten Verhandlungen wurden von französischer Seite mit einer Aufrichtigkeit geführt, die selbst von den hartnäckigsten Vertretern des tunesischen Nationalismus nicht in Frage gestellt wurde. Aber es blieb ein Problem, das sich sogar im Laufe der Verhandlungen noch verschärfte: die "Fellaghas", die ursprünglich nur Hunderte zählten und in den Bergen zum offenen Widerstand gegen die Franzosen übergegangen waren, vermehrten sich zusehends, und man kann kaum der Übertreibung geziehen werden, wenn man sagt, dass jetzt einige tausend

Rebellen, primitiv bewaffnet, doch der Sympathien eines Teils der Bevölkerung gewiss, zum "nationalen Aufstand" übergegangen sind.

Wie ist dieses Phaenomen zu erklären? Zahlreiche tunesische Nationalisten glaubten nicht mehr an das Wort Frankreichs, auch hat der "Neo-Destur" die Kontrolle über einen Teil seiner Anhänger verloren. Die offen feindliche Haltung der französischen Siedler hat viel zu dieser Einstellung beigetragen; viele Tunesier vermuten außerdem, dass die französische Regierung mit den Siedlern unter einer Decke steckt, was, zumindest für Mendès-France und dessen Mitarbeiter, nicht zutrifft. Die Franzosen forderten von ihren tunesischen Gesprächspartnern eine tätige Mitarbeit bei der Unterdrückung der "Fellaghas". Die Verhandlungen drohten vor einigen Tagen an dieser Forderung zu scheitern. Doch konnten der "Neo-Destur" und dessen Minister, die in Paris verhandeln, kaum die Rechtmässigkeit der französischen Forderung bestreiten. Die tunesischen Minister erklärten sich schließlich bereit, gemeinsam mit den französischen Behörden in Tunesien einen Aufruf an die "Fellaghas" zu richten, den Kampf aufzugeben, ihre Waffen abzuliefern und wieder in das "normale Leben" zurückzukehren. Dafür wird den Rebellen völlige Straffreiheit zugesichert.

Es bleibt abzuwarten, wie dieses gemeinsame Vorgehen von Franzosen und Tunesiern ausseher und welche Wirkung es auf die "Fellaghas" ausüben wird. Davon hängt jetzt der Ausgang der französisch-tunesischen Verhandlungen über die Gewährung der "internen Autonomie" an die tunesische Bevölkerung in erster Linie ab. Sollte sich erweisen, dass der "Neo-Destur" keine, oder nur eine ungenügende Kontrolle über die Rebellen ausübt, so wird sein Prestige verringert aus den Besprechungen hervorgehen, und - was noch schlimmer ist - die Verhandlungen werden in eine Sackgasse geraten sein. Faktisch hängt Erfolg oder Misserfolg der Verhandlungen jetzt von den "heimatlosen Rebellen" in Süd-tunesien ab.

+ + +
Der BHE und das Saarstatut

sp - Als Waldemar Kraft noch als Vorsitzender des Gesamtdeutschen Blocks/BHE im Mai d.J. auf dem Parteitag in Bielefeld seine in dem Ausspruch "Wer hat die Saar, wir oder die Franzosen?" gipfelnde Stellungnahme zu den französischen Saarforderungen darlegte, wurde ihm von einem Delegierten die ablehnende Frage entgegeng gehalten: "Worin unterscheidet sich eigentlich die Außenpolitik des GB/BHE noch von der

25.11.1954

der CDU?" Mit wieviel mehr Berechtigung wird diese Frage jetzt erhoben werden können, nachdem die beiden BHE-Minister Oberländer und Kraft im Bundeskabinett auch dann noch für das Saarabkommen gestimmt haben, als die vier FDP-Minister und sogar ein CDU-Minister ihre Zustimmung verweigerten.

Werden die maßgebenden Gremien des BHE auch diese von den Vertriebenen mit Empörung aufgenommene Haltung ihrer zwei Spitzenvertreter hinnehmen? Als die sozialen Forderungen des BHE im Bundeskabinett nur zum Teil durchgesetzt werden konnten, gelang es dem Parteivorsitzenden Prof. Oberländer noch, sowohl die Bundestagsfraktion als auch den Parteiausschuss zu bewegen, dem von ihm und besonders von Waldemar Kraft angestrebten Verbleiben in der Regierung Adenauer zuzustimmen. Das war eine interne Parteiangelegenheit des BHE ohne allgemeine Bedeutung für die Vertriebenen. Die jetzt von den beiden BHE-Ministern gegebene Zustimmung zum Saarabkommen aber - ihre Erklärung, sie hätte nur der Überweisung des Abkommens an den Bundesrat, nicht aber dem Abkommen selbst zugestimmt, ändert nichts an dieser Tatsache - greift in die bisherige Grundhaltung der Vertriebenenorganisationen in der Frage der Aufrechterhaltung des Anspruchs auf die von Deutschland abgetrennten Gebiete hinein und erschüttert diese entscheidend.

Nun ist ja der GB/BHE keineswegs der einzige politische Repräsentant der Vertriebenen. Durch den Übertritt des Vorsitzenden des Bundesvertriebener Deutscher (BvD), Abg. Dr. Kather, zum BHE ist diese Vertriebenenorganisation zwar weitgehend unter den Einfluß dieser Partei geraten und wird vom Bundesvertriebenenminister Oberländer gegenüber dem VdL auch offensichtlich bevorzugt. Wird aber Dr. Kather gewillt und in der Lage sein, dem auch im BvD zu erwartenden Sturm gegen die Haltung der zwei BHE-Minister entgegenzutreten?

Die Tatsache, dass der auf dem Vertriebenensektor in vielen Dingen mit Oberländer rivalisierende Minister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser als einziger CDU-Minister gegen das Saarabkommen gestimmt hat, kann es mit sich bringen, dass zu der organisatorischen Kluft zwischen den Vertriebenenorganisationen nunmehr auch eine Spaltung der bisher gemeinsamen Plattform in der Ablehnung jeder deutschen Gebietsaufgabe vor dem Friedensvertrag kommt. Die zweite Dachorganisation der Vertriebenen, der Verband der Landsmannschaften (VdL), ist im Gegensatz zum BvD weitgehend an das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen angelehnt. Sowohl diese Tatsache, als auch die in der Landsmannschaften allgemein verzeichnete Stimmung lässt jetzt eine Ablehnung des Saarabkommens durch den VdL erwarten, nachdem die VdL-Leitung bisher jede Stellungnahme in dieser für die Vertriebenen so bedeutsamen Frage ausgewichen ist. Es hängt jetzt vom BvD und von der Gesamtheit des BHE ab, ob das Anliegen aller Vertriebenen, der Anspruch auf die deutsche Heimat, nicht durch taktische oder opportunistische Zustimmungen Einzelner ausgehöhlt und die letzte gemeinsame Plattform zerstört wird.

*

*

*

Getrübte Weihnachtsfreude

F.B. In einer Woche, in der die Steuerreform und die Außenpolitik dominiert haben, kann es schon vorkommen, dass der Sozialpolitische Ausschuss des Bundestages und seine Beschlüsse völlig übersehen wurden. Vergessen sollten diese Beschlüsse der vergangenen Woche aber nicht, denn sie haben zur Folge, dass wieder bei den Millionen der Ärmsten unseres Volkes keine rechte Weihnachtsfreude wird einkehren können.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte schon Mitte September einen Antrag eingereicht, nach dem alle Empfänger von Unterstützungen und Renten eine Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 50,-- DM erhalten sollen. Für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen sah dieser Antrag einen weiteren Betrag in Höhe von 10,-- DM vor. Und schließlich wollte die SPD, dass Arbeitslosenfürsorge-Unterstützungsempfänger, die länger als ein Jahr diese Fürsorge beziehen, 60,-- DM Weihnachtbeihilfe und für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen 15,-- DM erhalten.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Bundestages hat in der vergangenen Woche diesen Antrag einfach für erledigt erklärt. Er soll erledigt sein, weil die Bundesregierung in der Zwischenzeit einen Erlass für die Gewährung von Weihnachtsbeihilfen herausgegeben hat, der vorsieht, dass diese doch so bedürftigen Kreise mit 25,-- DM Weihnachtbeihilfe abgefunden werden sollen.

Abgesehen davon, dass ein solcher Betrag in der vorgesehenen Höhe nicht im mindesten ausreicht, ist der Antrag der SPD keinesfalls erledigt. In Bonn haben alle Regierungsparteien 25,-- DM für unzureichend erachtet, in Nordrhein-Westfalen aber haben die gleichen Parteien einen Betrag von 50,-- DM für richtig gehalten und beschlossen.

Der Arbeitslose und das Kriegsoffer in Nordrhein-Westfalen, einem reichen Land, erhalten so 50,-- DM, in armen Ländern wie Bayern oder Schleswig-Holstein aber werden sie mit 25,-- DM abgespeist. Will man denn im Ernst behaupten, dass es dem Arbeitslosen in Bayern besser geht als dem Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen? Niedersachsen wiederum hat, obwohl es zu den armen Ländern gehört, tief in die eigenen Taschen gegriffen und 40,-- DM, und für die langfristig Arbeitslosen 50,-- DM bewilligt.

Wie bedauerlich, dass man sich auf Bundesebene nicht aufraffen konnte, dem Antrag der SPD zu entsprechen! So wird das soziale Gefälle in der Bundesrepublik von West nach Ost nun auch noch auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen. Für die Regierungspropaganda und für die Reptilienfonds des Bundeskanzlers werden neue Millionenbeträge bewilligt werden. Für die Ärmsten der Armen - und hier handelt es sich um kein Schlagwort - aber hat man wenig oder gar nichts übrig.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler